



ZUKUNFT
MITTE

Datum: 23.08.2025
Autor: Peter Bickel
Kategorien: Demokratie & Gesellschaft, Staat & Verantwortung
Tags: Bürgergesellschaft, Empörungskultur,
Handlungsmacht, Kommunalpolitik, Mitte,
Verantwortung, Verwaltung, Werte, Zusammenhalt

Wenn der Staat die Bürger in Unfrieden treibt

„Die Optimierung der Verwaltung höhlt langsam den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aus.“

Vorweg: ZUKUNFT MITTE ist immer um sprachliche Differenzierung bemüht. Der Begriff „der Staat“ wird gerade von Unzufriedenen an den politischen Rändern oft lautstark gebraucht. In diesem Artikel wird er bewusst als Synonym für das demokratische und rechtsstaatliche Gesamtsystem von Verwaltung, Exekutive und Legislative genutzt – nicht, um zu polemisieren, sondern um die Analyse griffiger zu machen, ohne die Zusammenhänge zu verkürzen.

Das schleichende Gift der Denunziation

Es beginnt scheinbar harmlos: mit einer App oder einem Online-Formular. Bürgerinnen und Bürger können damit Ordnungsverstöße melden – direkt, unkompliziert, anonym für den Betroffenen. Der Staat verspricht: „Wir kümmern uns um alles.“

Was nach technologischem Fortschritt klingt, ist in Wahrheit ein moralischer Rückschritt. Hier wird Verantwortung nicht demokratisch geteilt, sondern verschoben: von staatlichen Organen auf Einzelne. Nicht als Möglichkeit zur Mitgestaltung, sondern als Einladung zu Misstrauen, Kontrolle und schleichender Zersetzung des gesellschaftlichen Vertrauens.

Wenn Ordnung zur Einnahmequelle wird

Am Anfang steht ein legitimes Ziel: Der Staat sorgt für Ordnung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sicherheit im öffentlichen Raum. Regeln schaffen Vertrauen, ihre Durchsetzung Erwartungssicherheit. Verkehrsregeln, Parkverbote, bauliche Vorschriften – sie alle sind Ausdruck des Gemeinwohls.

Doch längst geht es nicht mehr nur um Prävention und Gerechtigkeit. Bußgelder sind vielerorts fester Bestandteil kommunaler Haushaltsplanung. Manche Städte kalkulieren mit Millionenbeträgen



ZUKUNFT MITTE

aus Verwarnungen und Gebühren. Ordnungspolitik wird zur Einnahmequelle.

Problematisch wird es, wenn der Staat diese Verantwortung nicht mehr in den Händen professioneller Organe belässt, sondern sie subtil auf die Bürger abwälzt.

Wenn Staat delegiert, was er verantworten müsste

Meldeportale und Denunziations-Apps markieren einen Paradigmenwechsel – nicht technisch, sondern moralisch. Bürger müssen nicht mehr unmittelbar betroffen sein, um Verstöße zu melden. Es reicht, sie „wahrzunehmen“.

Aus Beobachtern werden Informanten. Aus Nachbarn werden Überwacher. Der Staat inszeniert sich als neutraler Verwalter der Daten, entzieht sich aber der Verantwortung für das gesellschaftliche Klima, das er dadurch schafft.

Die Logik dahinter ist perfide: Ordnungsämter sparen Ressourcen, während die Zahl der verwertbaren Verstöße steigt. Jeder Klick, jedes Foto kann zur Grundlage einer Sanktion werden. Das spart Geld, generiert höhere Einnahmen, doch es schafft ein Klima der latenten Gegnerschaft im Alltag. Vertrauen in ein gerechtes Maß wird ersetzt durch die Lust an moralischer Überlegenheit.

Macht, Kontrolle – und das Menschenbild dahinter

Der eigentliche Skandal liegt nicht in der Technik, sondern im dahinterstehenden Menschenbild. Der Bürger wird nicht als mündiger Teilhaber gesehen, sondern als Helfer zur Aufrechterhaltung eines Systems, das sich von ihm entfremdet hat.

Die Folgen sind doppelt gefährlich:

- Exekutivorgane verlieren an moralischer Autorität. Wenn Bürger zu Beobachtern werden, wozu braucht es noch professionell geschulte Ordnungskräfte?
- Der gesellschaftliche Frieden wird zersetzt. Die Grenze zwischen legitimer Regelüberwachung und willkürlicher Kontrolle verschwimmt. Der Schritt von der Meldung eines Falschparkers zur Ächtung abweichenden Verhaltens ist klein.



ZUKUNFT
MITTE

Was das mit der politischen Mitte macht

Die politische Mitte lebt vom Ausgleich – zwischen Freiheit und Ordnung, Solidarität und Eigenverantwortung, Staat und Bürger. Genau diese Balance gerät ins Wanken, wenn staatliche Aufgaben an Bürger zurückdelegiert werden – nicht als Angebot zur Mitgestaltung, sondern als Einladung zur Überwachung.

Solche Entwicklungen treffen die Mitte ins Mark, denn sie untergraben ihr zentrales Fundament: Das Vertrauen in gerechte Strukturen und den guten Willen der Institutionen und Organe.

Die politischen Ränder profitieren:

- Rechte sehen ihre Erzählung vom übergriffigen Staat bestätigt.
- Linke lesen darin die Bestätigung einer Misstrauenskultur gegenüber Ordnung und Autorität.

Die Mitte aber bleibt zurück mit Ratlosigkeit – und mit stiller Wut darüber, dass ausgerechnet im Namen von Fortschritt und Effizienz neue Formen des Misstrauens gestärkt werden.

Der Preis für ein paar Klicks – und was jetzt passieren muss

Es sind keine großen Gesetze, sondern kleine, systematische Verschiebungen, die eine Gesellschaft vergiften können. Die Idee, Ordnung durch Bürger als Hilfssheriffs effizienter zu gestalten, ist nicht nur naiv, sondern gefährlich.

Wir brauchen eine neue Debatte über das Verhältnis von Staat und Bürger. Eine klare Trennlinie zwischen demokratischer Beteiligung und zersetzender Kontrolle. Und eine Mitte, die diese Entwicklung erkennt, benennt und stoppt – nicht aus Ideologie, sondern aus dem Wissen: Gesellschaft lebt vom Vertrauen, nicht vom Verdacht.

„Bis hierhin und nicht weiter!“

Die meisten dieser Maßnahmen entstehen nicht in Berlin, sondern in Stadtparlamenten und Gemeinderäten. Dort werden sie beschlossen – und dort könnten sie auch verhindert werden.

Aber: Zu selten widersprechen Bürgerinnen und Bürger, obwohl sie ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter im engsten Umfeld treffen. Sie gehen nicht in den Diskurs, sie entziehen kein Vertrauen,



ZUKUNFT MITTE

sie wenden sich nicht ab. Die Gelegenheiten an Stammtischen, in Vereinslokalen, auf Stadtfesten oder bei Gartenfesten lassen sie ungeachtet für einen Dialog verstreichen. Sie betrachten deren Mandat als Freifahrtschein für politischen Unfug. Dabei ist Bürgerwille das zentrale Korrektiv der Demokratie – nicht nur bei Wahlen.

Die Aufgabe der Mitte ist es, Kante zu zeigen: „Bis hierhin und nicht weiter!“ – nicht als Kampfansage, sondern als Erinnerung, dass Volksvertreter eben Vertreter sind.

Die schweigende Mehrheit legitimiert den Unfug

Viele Lokalpolitiker sind unsicher, ob ein Denunziationsinstrumente Zustimmung oder Ablehnung finden. Das Schweigen der Mehrheit in der Mitte, die vielleicht entsetzt ist oder einfach resigniert hat, wird dabei oft als Zustimmung gedeutet. Die Mitte muss hier klare Signale senden:

- Eine E-Mail an Stadtrat oder Bürgermeister wirkt oft mehr, als man glaubt.
- Ein Stapel Briefe an die Verwaltung bleibt nicht unbeachtet – er muss nur geschrieben werden.
- Anfragen in Rats- oder Gemeindeparlamenten dürfen nicht ignoriert werden – sie müssen gestellt werden.
- Bürgerfragestunden und Nachfragen in Ausschüssen schaffen Sichtbarkeit.
- Politiker, die Alternativen aufzeigen wollen, brauchen Rückhalt.
- Für Sicherheit zu sein heißt nicht, Denunziation zu akzeptieren.

Die Kraft der Mitte darf sich also nicht gegen die richten, die an der staatlich organisierten Denunziation durch Fotorallyes mitwirken (werden) – sie leben im Vertrauen darauf etwas zu tun, das legitimiert ist. Die Mitte muss sich gegen die Vertreter stellen, die dieser gemeinschaftszersetzenden Entwicklung Tür und Tor öffnen.